



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche  
Institut für Geschichte,  
Stiftung Universität Hildesheim**

**Dr. Hans Reckers  
Andauernde Probleme mit dem Euro  
08.10.2018**

---

**Zum Referenten**

*Hans Reckers wurde in Salzbergen im Emsland geboren. Während seiner Schulzeit war er der Gründungsvorsitzender des Verbandes Kritischer Schüler VKS, der Vorgängerorganisation der Schüler Union in Niedersachsen. Dieser stand er von 1971 bis 1972 als Vorsitzender vor. Von 1972 bis 1973 war er Bundessprecher der Schüler Union (SU). Anschließend war er von 1975 bis 1977 Bundesvorsitzender des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Nach dem Abitur studierte Reckers an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen Jura und wurde mit einer Arbeit über „gesetzwidrige und gesetzesabweichende Regelungen in Verwaltungsverträgen zwischen Bürger und Staat“ zum Dr. jur. promoviert. Reckers war von 1982 bis 1984 als Rechtsanwalt in Reutlingen tätig, 1985 wechselte er ins Bundesministerium der Finanzen, 1989 in das Bundesministerium der Verteidigung und ging von 1989-1990 in das Bundeskanzleramt. Von 1990-1992 war er Staatssekretär im Sächsischen Finanzministerium und Mitglied des Verwaltungsrats der Staatsbank Berlin. Über den Posten der Leitung der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwischen 1992-1993 wechselte Reckers 1993 erneut in das Bundesministerium der Finanzen, wo er bis 1998 als Leiter der Haushaltsabteilung tätig war. Zwischen 1999-2002 stand er der Landeszentralbank in Hessen als Präsident vor und war von 2002 bis 2009 als Mitglied des Vorstandes Deutschen Bundesbank zuständig für die Bereiche Personal, Risiko-Controlling, Bargeld und Institutionelle und regulatorische Finanzmarktfragen. Anschließend war er Hauptgeschäftsführer des Vorstandes der öffentlichen Banken und Staatssekretär für Wirtschaft und Forschung des Landes Berlin.*

**Vortrag**

Mit seinem Vortrag will Hans Reckers nach zwanzig Jahren mit dem Euro eine erste Bilanz zu diesem Verhältnis ziehen. In die Thematik steigt er mit einem historischen Vergleich ein: Ebenso wie zum Zeitpunkt der Einführung der D-Mark nach dem Zweiten Weltkrieg am 20. Juni 1948 und zu dem der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 in Ostberlin noch vor der Wiedervereinigung eine staatliche Einheit bestand, könne auch bei der Einführung des Euro als Buchgeld am 1. Januar 1999 das Verhältnis zwischen Staat und Währung diskutiert werden.

Gerade in einer Zeit, so Reckers zentrale Kritik gleich zu Beginn, in der Währung zunehmend etwas Virtuelles sei und beispielsweise Münzen häufig keinen Materialwert mehr hätten, der ihrem Nennwert entspräche, bräuchten Währungen mehr denn je einen staatlichen Rahmen. Der Zusammenhang zwischen Währung und Staat sei alles andere als ein Zufall: In aller Regel seien Währungsraum und Staatsraum identisch,

denn eine Währung sei immer wieder auf den Staat angewiesen: etwa bei Rettungspaketen, der Festlegung von Außenkursen oder Festkurssystemen, auch wegen der notwendigen extremen Langfristigkeit einer Währung.

Diesem kritischen Einstieg des Euro als „vollentwickelte Währung ohne vollentwickelten Staat“ zum Trotz stellt Reckers im Folgenden den Euro als dennoch auch als eine Erfolgsgeschichte dar. Als Kriterien dafür benennt er 1. Interne Geldwertstabilität; 2. Außenkurs; 3. internationale Verwendung, die der Euro zur Zufriedenheit erfülle.

Dennoch sei der Euro in der Diskussion und eine schlechtere Einschätzung bzw. Wahrnehmung gegenüber der D-Mark nach wie vor zu konstatieren. Reckers führt dies zum einen auf die Tatsache zurück, dass in der öffentlichen Meinung häufig eintretende Krisen quasi automatisch, aber oft fälschlicherweise ausschließlich mit dem Euro verbunden werden.

An mehreren Beispielen hebt Reckers hervor, welchen große Rolle nicht nur Finanzmarktzahlen, sondern vor allem auch die Wahrnehmung der Krisenspiele. Beides könne unter Umständen erheblich voneinander differieren. Eine besonders große Rolle spiele das Vertrauen als „Währung der Währung“. Er konstatiert: Internetkrise, Bankenkrise, Griechenlandkrise seien natürlich *auch* Ausdruck von Europroblemen, aber seien eben nicht in erster Linie Europrobleme. Vor allem die Krise ab 2008, die fast zur „Kernschmelze des internationalen Finanzsystems“ geworden wäre, sei sehr gut bewältigt, sozusagen „lehrbuchmäßig“ bewältigt worden. Seiner Ansicht nach sei sie so schnell und gut gelöst worden, dass sie nachfolgenden Generationen kaum im Gedächtnis bleiben werde, wie die Finanzkrise 1987.

Nach einem Vergleich der Maßnahmen in den Wirtschaftskrisen 1929 und 2008 zeichnet Reckers die Stufen zur Entstehung einer gemeinsamen Währung nach: Die „Währungsschlange“ vor dem Euro, in der eigenständige Währungen durch Festkurse miteinander verbunden gewesen seien, habe zu der unbefriedigenden Situation geführt, dass alle anderen Währungen zu Satelliten der deutschen Mark geworden seien. Vor allem in Frankreich entstand der Wunsch nach einer europäischen Zentralbank, was von der Bundesrepublik schon in den 80er Jahren (und nicht erst im Rahmen der Wiedervereinigung) akzeptiert wurde. 1988 wurde unter Führung von Jacques Delors ein Ausschuss eingesetzt, der einen Dreistufenplan vorlegte, wie man zu einer einheitlichen europäischen Währung gelangen könne. Aus Sorge um eine solide Finanzpolitik des Staatenverbundes wurden später im Stabilitätspakt Kriterien definiert, die Euroländer zu erfüllen hatten: 1. Kriterium der Inflation (maximal eineinhalb Punkte über dem stabilsten Land); Kriterium des maximalen Schuldenstands (höchstens 60%); Kriterium des maximalen jährlichen Defizits (3%).

Dass nicht nur andere europäische Länder, sondern durchaus auch die Bundesrepublik mit diesen Kriterien zu kämpfen hatte, schildert Reckers an Beispielen, etwa der „Goldoperation“ Theo Waigels.

Seine Bilanz über die drei Kernkriterien fällt demnach auch nicht nur positiv aus: Während die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank solide, fundiert und gut gelöst sei und von den Finanzmärkten akzeptiert und auch das 3%-Kriterium häufiger zufriedenstellend eingehalten werde, stelle sich der Zustand betreffs des Schuldenstands anders dar: Statt 60% liege der Durchschnitt etwa deutlich höheren und sehr unbefriedigenden über 80%.

Reckers betont an dieser Stelle zwei weitere bedeutsame Klauseln des Maastricht Vertrags: 1) Kein Unionsbeistand für einzelne Länder (Reckers erinnert hier an die Hilfen im Fall Griechenlands und die Klagen dagegen); 2) keine unmittelbare monetäre Staatsfinanzierung. Hier, so Reckers, handele die EZB noch haarscharf und rechtmäßig im Rahmen ihres Mandats.

Im folgenden Teil seines Vortrags widmet sich Reckers den Themen Inflation und Deflation. Der Zusammenhang von Geldmenge, Verbraucherpreisen und Inflation habe sich – Reckers zufolge – vollkommen geändert: für handelbare Güter habe man in Zeiten der Globalisierung und Internettransparenz keine Möglichkeiten der Anbieter,

drastische Preiserhöhungen durchzusetzen. Inflation werde so nicht unmöglich, aber unwahrscheinlich, so lange es weltweit offene Märkte gebe. Die sogenannte „importierte Inflation“ wie sie derzeit in der Türkei passiere, gebe es allerdings nach wie vor. Ferner gebe es natürlich enorme asset-price-inflation.

Bei nicht-handelbaren Gütern mit Knappheitsfaktor (wie etwa das deutsche Bauhandwerk) gebe es ebenfalls inflationäre Effekte, die sich im Euroraum aber bisher erst auf circa 1,7% summieren.

Vor allem aber gebe es Probleme mit den Unterschieden in den Inflationsraten. Reckers stellt am Beispiel Italiens dar, dass der Verlust nationaler Maßnahmen (wie Währungsabwertungen) innerhalb des Euroraums ein Land durchaus in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann oder wie – auf der anderen Seite – beispielsweise Dänemark oder Polen durchaus davon profitieren, den Euro nicht eingeführt zu haben.

Welche Reaktionen habe es auf die Finanzkrise gegeben und welche Maßnahmen haben die Notenbanken ergriffen? Reckers führt hier zunächst einen Unterschied zwischen dem Finanzsystem der USA zu Europa aus. Während die Vereinigten Staaten kapitalmarktorientiert seien, herrschen in Europa bankenzentrierte Systeme, d.h., die meisten Operationen werden über Banken getätigt. Daher werden Finanzmarktprobleme sofort in die Banken hineingetragen. Während dies ein großer Nachteil sei, sei der Vorteil das dreigliedrig differenzierte System bestehend aus Privatbanken, öffentlichen Banken und Genossenschaftsbanken, da das ein enormer Stabilitätsfaktor sei.

Die Probleme seien nicht erst mit der Konkurserklärung von Lehman Brothers am 15.9.2008 offenbar geworden. Schon im Frühjahr 2007 hätten Hedgefonds wie der von Bear Stearns Konkurs anmelden müssen – was allerdings auch von der Deutschen Bundesbank nicht als Vorbote einer Krise wahrgenommen wurde.

Zunächst seien nur Einzellösungen getroffen worden, es sei jedoch schnell offenbar geworden, dass übergreifende Maßnahmen notwendig seien, etwa die Bereitstellung von Liquidität und eine Niedrigzinspolitik. Als dritte Maßnahme wurden in großem Umfang Wertpapiere aufgekauft – eine Politik, die bis Ende 2018 geplant gewesen sei und auch Staatsanleihen-Papiere umfasst.

Zudem hätten Erklärungen Vertrauen erzeugt und damit deutlich feststellbare Wirkung entfaltet – etwa die Erklärung von Angela Merkel und Peer Steinbrück, alle Spareinlagen zu garantieren. Anlass sei vor allem die festgestellte erhöhte Bargeldnutzung gewesen.

In Erinnerung geblieben sei auch die Erklärung Mario Draghis, die EZB täte „whatever it takes“, um den Euro stabil und dauerhaft zu halten. Durch die Unabhängigkeit der EZB und ihrer Risikofreude, auch hohe Geldmengen einzusetzen, habe die Erklärung deutlich die Märkte beruhigt.

Im Laufe der Finanzkrise haben neun Staaten Hilfe benötigt, denen zunächst Kredite aushalfen, was letztlich aber zu der Gründung der Institution „European Stability Mechanism“ (ESM) geführt, die mit 700 Milliarden ausgestattet gewesen sei.

Abschließend skizziert Reckers bestehende Überlegungen zu der Zukunft des Euro. Da ein europäischer Staat nie entstehen werde, könne es nur darum gehen, die aufgebauten Strukturen weiter zu verbessern.

1) Eine Bankenaufsicht durch die EZB sei seit ein paar Jahren realisiert. Man habe damit ein funktionierendes europäisches Instrument geschaffen, sie stelle aber gleichzeitig auch eine schwierige Aufgabenvermischung für die EZB dar: Während der Notenbankteil auf Geldwertstabilität fixiert sein müsse, müsse der Teil der Bankenaufsicht auf diejenige der Banken schauen.

2) Eurobonds, d.h., die Vergemeinschaftung der Schulden: Finanztechnisch sei das keine schlechte Lösung, da kleine Länder damit nicht mehr als Angriffspunkte dienen könnten. Politisch und im Bewusstsein der einzelnen Bevölkerungen fehle dafür jedoch das Verständnis, es sei politisch nicht durchsetzbar – auch ein Zeichen dafür, dass der Gedanke eines europäischen Bundesstaats nicht mehrheitsfähig sei.

3) Der Ausbau des ESM zu einem europäischen Währungsfonds, orientiert am Internationalen Währungsfonds (IWF) wird von Reckers als positiv beurteilt.

4) Forderungen nach einem europäischen Finanzminister erteilt Reckers eine Absage: Das Budget, mit dem er handeln könne sei zu klein und nicht marktrelevant.

5) Forderungen nach einem eigenen Eurohaushalt sieht Reckers ebenfalls kritisch.

6) Vorschläge einer Teilung in eine „Nord-“ und „Südeuro“ führen Reckers zu seinem abschließenden Plädoyer:

Der Euro sei extrem erfolgreich, seine Unabhängigkeit gut gesichert, es fehle ihm jedoch ein Staat. Daher müssten die vorhandenen Institutionen ausgebaut werden. Die Eurozone dürfe kein „Club“ werden, in dem man mal Mitglied sei und nach Wunsch austreten könne. Eine Währung müsse quasi „Ewigkeitsgarantie“ haben, damit sie funktionieren könne.

## **Auszüge aus der Diskussion**

### **Frage**

Wenn eine Währung an den Staat gebunden ist, wie schätzen Sie den Bitcoin in dieser Hinsicht ein? Ist er ein Zahlungsmittel oder eine Währung?

### **Antwort**

Ohne ein Fachmann auf diesem Gebiet zu sein, beurteilt Reckers die Auswirkungen als noch schwer abschätzbar. Die Bundesbank beurteilt den Bitcoin nicht als Währung. Reckers Empfehlung nach solle der Bitcoin eine Weile unreguliert laufen gelassen werden, die Bevölkerung jedoch über Gefahren aufklären, bis man ihn nach 5-6 Jahren genauer einordnen könne.

### **Frage**

Schaut man sich das Mittelalter und deren Vielstaatlichkeit an, in der jeder Herrschaftsbereich eine eigene Währung herausgab, wird offenbar: Der Euro ist keineswegs eine erste Währung ohne Staat. Welche Impulse hinsichtlich eines staatlichen Zusammenrückens zur Beförderung eines gemeinsamen politischen Europaraumes gehen von einer gemeinsamen Währung aus?

### **Antwort**

Gewisse Module von Staatlichkeit (auch sozialstaatliche) seien unverzichtbar. Man müsse in Diskussionen eintreten, welche notwendig seien und in welchem Ausmaß man sie gestalten wolle. Dafür seien Überlegungen zu einem neueren, flexibleren Staatsbegriff notwendig und darüber was eine Währung an staatlichen Rahmenbedingungen brauche. Vor allem in Krisen rückten Staaten und ihre Notenbanken erfahrungsgemäß eng zusammen. Dies demonstriere eine Zusammenhalt erzeugende Funktion von Währung. Eine Währung sei eine Schicksalsgemeinschaft.

### **Frage**

In der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich setzen sich alle zwei die Gouverneure zu Finanzfragen zusammen. Gehören dazu auch China und Russland? Oder handelt es nur um die G20-Staaten?

### **Antwort**

Es setzt sich formal der Gouverneursrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zusammen. Es mag sein, dass bei informellen Treffen auch andere Gäste hinzukommen können. Die Institution besteht schon seit den 20er Jahren und hat mit G7, G8 oder G20 nichts zu tun. Sie wurde mit dem Ziel gegründet, die Weltkriegsschulden zwischen den USA, Frankreich, England und dem besiegten Deutschland abzuwickeln.

### **Frage**

Nicht gesprochen wurde über den Fiskalpakt. Auf lange Sicht sollen auch Nicht-Euro-Länder die Möglichkeit erhalten, in den Euro einzutreten. Wie schätzen Sie ihn ein?

### **Antwort**

Die Frage beantwortet der Vertrag von Maastricht: Alle EU-Länder haben die Verpflichtung, dem Euro beizutreten, wenn sie die Kriterien erfüllen – außer sie haben wie Großbritannien und Dänemark eine Opt-Out-Klausel. Rechtlich müssten einige bisherige Outsider eigentlich beitreten. Auf dieser Pflicht wird allerdings nicht besonders stark bestanden – man kann darüber diskutieren, ob das richtig ist. Wir täten gut daran, strenger auf die Einhaltung der Rechtslage zu bestehen – das gilt allerdings nicht nur für dieses Gesetz.

**Frage**

Zunehmend kritische Äußerungen zu Europathemen beherrschen Medien, aber auch die Politik. Wie beurteilen Sie das?

**Antwort**

Die Veränderung des Parteiensystems ist mit Sorge zu betrachten. Wir hatten in Europa starke Sozial- und Christdemokratien – aber diese Zeiten scheinen vorbei zu sein, da die Stammwählerschaften weggebrochen sind und das Element des Christlichen offenbar keine große Kohäsionskraft mehr hat, bzw. eine Arbeiterschicht so nicht mehr existiert. Natürlich ist Wandel nicht nur negativ zu beurteilen, aber durch eine nun fluktuierende Wählerschaft wird in politischen Wahlen nun plötzlich vieles möglich, was vorher undenkbar und unvorhersehbar war.

Während sich Programme von Sozial- und Christdemokratie an klaren Linien orientierte und klar definierte Werte und Programme hatte, ist der Wandel des politischen Parteiensystems mehr als alarmierend.